

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 94 (2000)
Heft: 12

Artikel: Rechtsextremismus - wohin geht unsere Gesellschaft?
Autor: Ordnung, Carl
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-144273>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nationalkonservatismus gleich zweimal von seiner *Anti-Ethik*: Einerseits bereichert er sich oder seine Klientel durch *Steuerge-schenke* zulasten des Sozialstaates. Anderseits lässt er die Modernisierungsverlierer glauben, *schuld* an ihrer Misere seien jene, die von *noch weiter unten* kommen und ihnen Sozialleistungen sowie Arbeitsplätze streitig machen. So gelingt es dem Nationalkonservatismus, gleich noch den Frust auszubeuten, den er selber produziert. Wahlentscheidende Themen 1999 waren 1. Asylmissbrauch, 2. Steuersenkungen und 3. Neutralität, nicht aber Sozialabbau.

Gottfried Keller hat diesen Zerfall der Solidarität vorausgesehen, als er im «Fähnlein der Sieben Aufrechten» vor den Millionenkerlen warnte, die in der Zwischenzeit zu Milliardenkerlen mutiert sind: «Glücklicherweise gibt es bei uns keine ungeheuer reichen Leute, der Wohlstand ist ziemlich verteilt; lass aber einmal Kerle mit vielen Millionen entstehen, die politi-

sche Herrschaftsucht besitzen, und du wirst sehen, was die für einen Unfug treiben...»

Max Keller hat es gesagt und geschrieben: Solidarität will Strukturen der sozialen Gerechtigkeit. Sie geht aus vom *Grundrecht auf ein menschenwürdiges Leben*; denn nur der sozialstaatlich verbürgte Rechtsanspruch gewährleistet die Existenzsicherung ohne Ansehen der Person. Liebe, die soziale Gerechtigkeit ersetzen wollte, wäre lieblos. Diese Sozialethik zu erinnern und zu entwickeln ist eine zentrale Aufgabe unserer Akademien. «Erwachsenenbildung auf Veränderung» hin hiess einmal eine Veranstaltung, zu der Max Keller in den 70er Jahren eingeladen hatte. Vieles hat sich seither «verändert», aber nicht unbedingt im Sinne der Solidarität. Lieber Max, Erfolg ist keine biblische Verheissung, Resignation darum erst recht keine christliche Maxime. Du machst uns Mut, dran zu bleiben, und sei es in Millimeterarbeit, dran an der Solidarität!

Carl Ordnung

Rechtsextremismus – wohin geht unsere Gesellschaft?

Aus dem ehemaligen Ostberlin meldet sich Carl Ordnung mit wichtigen Überlegungen zum Rechtsextremismus, der von (nicht nur) westdeutschen Medien gerne mit Defiziten innerhalb der Gesellschaft der ehemaligen DDR «erklärt» wird, derweil er weit mehr das Abbild einer Marktgesellschaft ist, die das zwischenmenschliche Verhalten zunehmend brutalisiert.

Red.

Aus der Mitte der Gesellschaft

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hat, noch bevor die grosse öffentliche Debatte über die Ursachen des Rechtsextremismus losbrach, mehrfach darauf aufmerksam gemacht, dass diese Erscheinung deshalb gefährlich und beängstigend sei, weil sie aus der «Mitte der Gesellschaft» komme und *nicht als Randerscheinung* ab-

getan werden könne. Wenn das stimmt, dann greifen die meisten Vorschläge, die jetzt von der Regierung und anderen Seiten vorgelegt werden, zu kurz. Ich bin zwar auch für ein *Verbot der NPD* und ähnlicher Organisationen. Das wäre eine Konsequenz aus unserer Geschichte, und es entspräche der Würde der Demokratie. «Faschismus ist keine Meinung. Faschismus ist ein Verbrechen», heisst es zutreffend auf

einem Plakat, das eine Bürgeraktion im brandenburgischen Wittenberge entwarf. Aber mit Verböten ist das *Problem nicht zu lösen*.

Wenn der Rechtsextremismus aus der Mitte der Gesellschaft kommt, dann sind tiefergreifende Analysen und – in deren Konsequenz – gesellschaftliche Veränderungen notwendig. Vor allem dürfte nicht länger verdrängt werden, dass Rechtsextremismus *rabiater Antikommunismus* ist und dass es in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung traditionell einen antikommunistischen Grundkonsens gab und offensichtlich noch gibt, dessen Repräsentantin u.a. auch die CDU/CSU ist. Diese inhaltliche Verwandtschaft wurde immer wieder durch das Herausstellen formaler Kriterien, eben eines Extremismus in Aktion und Ausdruck, verdunkelt. Selbst vor der Beschlussfassung über eine entsprechende Bundestagsdebatte im vergangenen Oktober versuchten Vertreter der CDU/CSU, nach bewährtem Muster die *Einbeziehung des Linksextremismus* in die Debatte zu erreichen – allerdings ohne Erfolg. Diese Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus führte dazu, dass jugendliche Antifaschisten den gleichen polizeilichen Repressionen ausgesetzt waren wie Rechtsextreme.

Lieber einen staatlich verordneten Antifaschismus als gar keinen

Bei der Gedenkfeier zum 50. Jahrestag der *Befreiung von Sachsenhausen* am 23. April 1995 hinderte die Polizei zum Beispiel 150 junge Antifaschisten an der Teilnahme. In einer Erklärung protestierte das Internationale Sachsenhausen-Komitee gegen die «Willkürmassnahmen der Polizei». «Die Polizei war der einzige Störenfried bei dieser Gedenkveranstaltung», heißt es darin. Dieses Beispiel zeigt deutlich, wohin eine solche Gleichsetzung führt, die sich auch negativ auf die Gedenk- und Erinnerungskultur in unserem Lande auswirkt.

Bei einem kürzlichen Aufenthalt in *Neustadt (Holstein)* suchte ich die *Gedenkstät-*

te auf, die an den Untergang der «Cap Arkona» und den Tod von mehr als 3000 KZ-Häftlingen im Mai 1945 erinnert. Sie ist auf dem Stadtplan eingezeichnet, liegt aber ausserhalb der Stadt. Auf dem kilometerlangen Weg dahin fand sich kein einziger Wegweiser. Ganz offensichtlich will die Mehrheit der Einwohner nicht mehr an das Schreckliche erinnert werden, wie auch die meisten Deutschen diese Vergangenheit vergessen möchten. Natürlich sind solche Erinnerungen nicht nur unangenehm, sie stellen in einer Gesellschaft, die mehr auf Vergnügen, Zerstreuung und Unterhaltung aus ist, einen Fremdkörper dar. Ich frage mich aber, ob eine Regierung, ob die Zivilgesellschaft, die sich den Konsequenzen aus der Vergangenheit unseres Volkes stellen, das einfach hinnehmen dürfen.

In der DDR gab es eine entsprechende *Erinnerungskultur*. Gewiss, sie war staatlich verordnet. Aber lieber einen staatlich verordneten Antifaschismus als gar keinen – schon im Blick auf die Millionen von Opfern unter Juden, Russen, Polen, Franzosen und vielen anderen Nationen. Damit soll der DDR-Antifaschismus keineswegs pauschal gerechtfertigt werden. Durch seine einseitige Orientierung auf den kommunistischen Widerstand (der allerdings tatsächlich das grösste Kontingent stellte) und die Weigerung, das Spezifikum des Holocaust anzuerkennen, brachte er sich selbst um einen Teil der beabsichtigten Wirkung.

Eine Folge des neuen Kapitalismus

Der krampfhafte Versuch jedoch, die Ursachen für den gegenwärtigen Rechtsradikalismus primär in *Ostdeutschland* zu suchen, ignoriert schlichtweg Tatsachen. Nach einer aktuellen Statistik des Bundesinnenministeriums liegen bei fremdenfeindlichen Straftaten pro Einwohner vier *Altländer an der Spitze*: Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen und Nordrhein-Westfalen. Und Regierungssprecher Heye musste kürzlich feststellen. «Die geistigen Brandstifter kommen alle aus dem Westen.»

Während ich diese Zeilen schreibe, brin-

gen die Medien die Nachricht, dass in Neubrandenburg drei 16- bis 21-jährige Männer einen 15-jährigen «aus Frust und Langeweile» zu Tode getreten haben und dass es dabei keinerlei Hinweis auf einen rechtsradikalen Hintergrund gebe. Überhaupt greifen Mitbürger in Stress-Situationen heute erschreckend schnell zu Pistole oder Messer. Offensichtlich reichen die Wurzeln für die *schrecklichen Gewaltexzesse*, die unsere Gesellschaft schockieren, noch tiefer.

Hans-Joachim Maaz, Chefarzt in der Klinik für Psychotherapie im Diakoniewerk Halle, der vor 10 Jahren in einem viel beachteten Buch unter dem Stichwort «*Gefühlsstau*» die realsozialistische DDR als repressives System analysierte, hat sich auch in der jetzigen Debatte zu Wort gemeldet. Seine Erklärung: «Wir leben in einer gewalttätigen Gesellschaft. Die bestehenden marktwirtschaftlichen Bedingungen brutalisieren den sozialen Verteilungskampf und verhärten die menschlichen Verhältnisse durch den wachsenden Leistungs- und Konkurrenzdruck... Rechtsextremistische Gewalttäter tragen

auf primitive und brutale Weise aus, was in der Gesellschaft längst kultiviert ist.» Deshalb müssten die gesellschaftlichen Verhältnisse verändert werden. Wer nur an den Symptomen kuriere, vertusche zudem, «dass der Vereinigungsprozess psychosozial gescheitert» sei.

Diese im «Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt» und im «Freitag» vom 18. August 2000 vertretenen Thesen bedürfen sicher weiterer Diskussion. Aber sie berühren sich mit den Ergebnissen einer soziologischen Bestandsaufnahme des US-Amerikaners Richard Sennet, der darlegt, dass die «Kultur des neuen Kapitalismus» zu einer «Korrosion des Charakters» führe. So der englische Titel seines neuen Buches, dessen deutsche Übersetzung bezeichnenderweise unter dem Titel «Der flexible Mensch» erschien. Es wäre ein Glückssfall, wenn die angebrochene Debatte sich nicht mit oberflächlichen Lösungen zufrieden stellen liesse, sondern zum Nachdenken darüber führte, ob denn der Weg, den wir beschritten, und die Gesellschaft, die wir gestalten, auf Dauer den Menschen zuträglich sind.

Willibald Jacob

Die Extremisten der Mitte

Auch der pensionierte Pastor und Bauingenieur Willibald Jacob aus dem Osten Berlins zeigt in seinem Kommentar, dass Rechtsextremismus ganz wesentlich mit dem «neuen Kapitalismus» in unserer Gesellschaft zu tun hat. Jacob ist ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages, in den er in der letzten Legislaturperiode als Parteiloser auf der Liste der PDS gewählt worden war.

Red.

Warum fehlt die Analyse?

Wie kommt es, dass wir nach zehn Jahren Wiedervereinigung Deutschlands so plötzlich und auf so diffuse Weise daherreden? Da schiebt einer dem anderen die Schuld für den Rechtsextremismus zu, der Westen dem Osten – «Erbe des Realsozialismus», der Osten dem Westen – «Erbe der Altnazis».

Warum fehlt die Analyse eines Prozesses,

den wir alle miterlebt haben? Wir wussten, dass in dem Wechsel von dem Ruf «Wir sind das Volk!» zum Ruf «Wir sind ein Volk!» schon das *Faschistoide* mitschwang. Die Stiefelbewehrten stampften schon in den Novembernächten des Jahres 1989 um die Kreuzkirche in Dresden und riefen «Deutschland, Deutschland!». Die Reichskriegsflagge war an vielen Orten dabei.